

## Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)

**Sitzungstermin:** Montag, 29.09.2014  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Renken, Bernd

### Schulausschuss

#### **SPD-Fraktion**

Götze, Horst  
Mecklenburg, Rico  
Meyer, Lina  
Winter, Maria

für Regina Meinen  
für Benjamin Swieter

#### **CDU-Fraktion**

Buisker, Herbert  
Hegewald, Reinhard

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Lechner, Katja

#### **FDP-Fraktion**

Fooker, Ralf

#### **Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**

Molthagen-de Beer, Insa  
Schulte, Torsten  
Seeck, Dietmar  
Stüber, Gudrun

für Ursula Eggerking

(bis 18:30 Uhr)

### Sportausschuss

#### **SPD-Fraktion**

Arends, Matthias  
Stöhr, Friedrich

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Kronshagen, Heinrich

für Andrea Risius

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Baumfalk, Britta  
Marsal, Andrea

(bis 18:52 Uhr)

**Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)**

**FDP-Fraktion**

Bolinius, Erich

**Beratende Mitglieder**

Lübbers, Ivanete

Mensen, Reiner

Narewski, Friedrich

Wiechmann, Wilhelm

**Jugendhilfeausschuss**

**SPD-Fraktion**

Bamminger, Berendine

für Helga Grix

Meinen, Regina

Meyer, Elfriede

**CDU-Fraktion**

Ohling, Albert

**FDP-Fraktion Grundmandat**

Hoofdmann, Erwin

für Ralf Fooken

**Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**

Grix, Wilhelm

Jensen, Imke

Kruse, Helga

Mühlhausen, Irmgard

für Marion Jakobs

**Beratende Mitglieder**

Dietz, Ralf-Günter

Eden, Alke

Fielers, Stephan

Ouedraogo, Abdou

Weber-Trappiel, Franziska

Wilts, Elfriede

**Verwaltungsvorstand**

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

**von der Verwaltung**

Buß, Thomas

Frein, Markus

Philipps, Egon

Ubben, Wolfgang

Janßen, Ralf

Szag, Elisabeth

**Protokollführung**

Rauch, Agnes

## Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Renken** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Bongartz** montiert, dass die heutige gemeinsame Sitzung an einem Montag stattfinden würde, obwohl der Verwaltung bekannt sei, dass montags drei Fraktionen ihre Fraktionssitzungen hätten. Er bittet darum, am Montag außer dem Verwaltungsausschuss keine Sitzungen stattfinden zu lassen.

**Herr Jahnke** erklärt, grundsätzlich werde dieses berücksichtigt. Bei der heutigen Sitzung des Schul-, Jugendhilfe- und Sportausschusses würde es sich jedoch um einen Ausnahmefall handeln. Die gemeinsame Sitzung sollte aber nicht zu Lasten der herkömmlichen Ausschusssitzungen gehen. Insofern habe die Verwaltung einen Ausweichtermin suchen müssen.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 4** Vorstellung des Budgets 2015 des Fachbereiches 600 gemäß des Eckwertebeschlusses 2015  
Vorlage: 16/1377/7

**Herr Renken** bemerkt, da Herr Sprengelmeyer als Leiter des Fachbereiches heute nicht anwesend sein könne, werde Herr Ubben als sein Stellvertreter das Budget des Fachbereichs Jugend, Schule und Sport vorstellen.

**Herr Ubben** erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation das Budget des Fachbereichs 600. Die Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

Anschließend erläutert **Herr Buß** das Budget für den Fachdienst Schule und Sport.

Die Mitglieder der Ausschüsse monieren die in der Präsentation vorgetragenen Summen, da diese so spontan nicht nachvollzogen werden können.

Auf die Frage von **Herrn Bolinius**, wie der Mietpreis festgesetzt werde, entgegnet **Herr Buß**, die Mieten würden zwischen dem Verwaltungsvorstand und dem Gebäudemanagement verhandelt. In diesen Mieten würden die ganz normalen Positionen mit hineinfließen. Seiner Mei-

## Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)

nung nach würde man sogar noch etwas unter den ortsüblichen Mieten liegen, sodass auch der von der KGSt empfohlene Faktor noch nicht erreicht sei. Man sei seinerzeit mit den Mieten relativ niedrig angefangen und dieses habe sich durchgezogen. Die Steigerung habe sich jetzt so dargestellt, dass mittlerweile hier eine Mietsumme erreicht werde, dass man allein bei den Mieten etwa bei ca. 5 Mio. € liegen würde. Dieses schlage sich natürlich im Fachdienst Schule und Sport im Bereich der Aufwendungen für die Sach- und Dienstleistungen nieder.

**Herr Bongartz** fragt an, ob und wie viele Mittel für die Einrichtung des Gymnasiums am Steinweg im Haushalt eingestellt worden seien.

**Herr Buß** entgegnet, die Ausstattung würde nicht im Bereich des Gebäudemanagements, sondern im Bereich des Fachdienstes Schule und Sport liegen. Zudem sei die Ausstattung nicht aus den hier ausgewiesenen Mitteln zu finanzieren, sondern über den investiven Haushalt abzurechnen. In der Gesamtplanung würde man einschließlich der Haushaltsreste bei ungefähr 1,3 Mio. € liegen.

**Herr Jahnke** ergänzt, dieses gelte natürlich nur dann, wenn das, was als Vorschlag für das Investitionsprogramm vorgelegt worden sei, auch so beschlossen werde. Etwas anderes sei es beim Gebäudemanagement mit den 4 Mio. € in diesem Jahr und den 2,9 Mio. €, die als Verpflichtungsermächtigung mit hineingenommen worden seien, damit Herr Baumann in diesem Jahr Aufträge bis zur Größenordnung von 6,9 Mio. € vergeben könne, ohne dass es zusätzlicher Beschlüsse bedürfe.

**Herr Buß** fährt mit seiner Präsentation für den Fachdienst Schule und Sport weiter fort.

**Herr Janßen** stellt dann das Budget des Fachdienstes Jugendhilfe vor.

**Herr Renken** bedankt sich und fragt an, wie viele Fälle es bei den Sozialermäßigungen geben würde.

**Herr Janßen** antwortet, dieses sei im Schnitt 450 bis 500 laufende Fälle.

**Herr Seeck** bezieht sich auf die Transferkosten und fragt nach den Zuschüssen für die Kindertageseinrichtungen. Weiter bittet er um Auskunft, ob die Stadt Emden darauf achte, dass tarifgerechte Löhne gezahlt würden.

**Herr Renken** stellt heraus, dass man sich noch nicht im Bereich des Fachdienstes Kinder und Familien befinden würde. Herr Ubben werde dazu später Stellung nehmen.

**Herr Frein** stellt das Budget des Fachdienstes Sozialer Dienst vor.

**Herr Bongartz** bemerkt, im Vergleich zum Jahr 2014 sei der Ansatz für das Jahr 2015 um 200.000 € geringer. Er fragt an, ob es theoretisch weniger Fallzahlen seien.

**Herr Frein** führt aus, hierbei handele es sich um den Eckwertebeschluss aufgrund der Budgetverhandlungen. Das bedeute, dass hier nicht so viel angesetzt worden seien, wie man im erwarteten Ergebnis von 2014 gehabt habe. Ein gewisses Risiko sei damit verbunden. D. h., wenn es gleichbleibend wäre, müsste man eigentlich diese 6,65 Mio. € schon haben. Man müsse sehen, ob es evtl. mit Einsparungen bei einzelnen Fällen möglich sei, dort hinzukommen.

Herr Frein fährt mit Vorstellung des Budgets des Fachdienstes Sozialer Dienst fort.

Auf die Frage von **Herrn Bolinius**, ob man sich Hilfe von Instituten im ambulanten und stationären Bereich holen würde, antwortet **Herr Frein**, der Soziale Dienst sei Vermittler und führe die

## Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)

erste Diagnostik durch. In den Gesprächen werde festgestellt, wie hoch der Bedarf in der Familie und welches die passende Maßnahme sei. Bei den Transferaufträgen handle es sich um eine Vermittlung an die freien Träger, die die Hilfemaßnahmen in der Familie durchführen würden. Der Soziale Dienst würde jedoch die Steuerung übernehmen. Zudem würden halbjährlich Hilfeplangespräche stattfinden. Am Anfang würden die Ziele und der Stundenumfang vereinbart. Nach einem halben Jahr kämen die Beteiligten zusammen, um zu sehen, was erreicht worden sei.

**Herr Bolinius** fragt an, ob auch Angebote eingeholt würden und wie sich die Preise seit dem Jahr 2010 entwickelt hätten.

**Herr Frein** führt aus, die Beantwortung bezüglich der Steigerung bei den Fachleistungsstunden werde er über das Protokoll vornehmen. Weiter führt er aus, man könne sich nicht das günstigste Angebot herausuchen. Der Bedarf der Familie sei die Ausgangslage und die Maßnahme müsse dazu passen. Er müsse prüfen, welche Leistung angeboten werde. Zu der Familie müsse passende Anbieter gefunden werden. Aber auch hier würde es das Wunsch- und Wahlrecht desjenigen geben, der die Hilfe in Anspruch nehmen werde. Herr Frein geht weiter auf die Vermittlung im stationären Bereich ein. Hier habe man erhebliche Kosten mit Tagessätzen zwischen 150 € und 200 € steigend. Es würde durchaus Angebote mit Tagessätzen von 450 € und mehr geben. Wobei man natürlich auch hier schauen müsse, was dort angeboten werde und ob es zur Familie passe. Es sei die Aufgabe des Mitarbeiters bzw. der Mitarbeiterin, den Bedarf zu erkennen und die passende Maßnahme herauszufinden.

Herr Frein macht deutlich, bei den einzelnen Maßnahmen sei festzustellen, dass die Bedarfe in den Familien immer umfangreicher würden. Das bedeute, die Erziehungsdefizite würden immer größer und die Erziehungskompetenz in den Familien nehme ab, sodass man leider nicht die Rechnung machen könne, weniger Kinder würden auch weniger Fälle und weniger Kosten bedeuten.

*Anmerkung der Protokollführung:*

*Die Entgelte für ambulante Leistungen der Hilfe zur Erziehung bzw. der Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII wurden von der Verwaltung des Jugendamtes Emden individuell mit den freien Trägern der Jugendhilfe ausgehandelt und bei generellem Bedarf gemäß § 77 SGB VIII durch förmlich abgeschlossene Vereinbarungen – ab 2012 auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses – entsprechend vertraglich geregelt. Der Tarif für eine Fachleistungsstunde ist im Wesentlichen von dem Leistungsangebot des Trägers sowie der Qualifikation und der Eingruppierung des eingesetzten Personals abhängig. Die Entwicklung der Kosten der Jugendhilfe ist dabei insbesondere von den ausgehandelten Tarifierhöhungen nach dem TVöD geprägt. Eine differenzierte Darstellung der Kostenentwicklung der Fachleistungsstundensätze für ambulante Leistungen nach dem SGB VIII (Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen) wird in einer der nächsten vertraulichen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vorgelegt.*

**Herr Bolinius** hält die Entwicklung für erschreckend, wenn trotz einer geringeren Anzahl von Kindern die Fallzahlen ansteigen würden. Er fragt an, ob Herr Frein hierfür eine Erklärung habe und was sich gesellschaftspolitisch ändern müsse.

**Herr Frein** entgegnet, er habe hierfür keine Erklärung und wisse nicht, wie man das ändern könne. Es sei jedoch festzustellen, dass der Bedarf immer größer werde und die Erziehungskompetenz eher abnehmend sei. Natürlich könne der Soziale Dienst frühzeitig in den Familien sein und eine umfangreiche Beratung anbieten. Aber das sei auch eine Aufgabe des gesamten Jugendamtes mit allen Fachdiensten. Auch der Bereich der Schule spiele hierbei eine Rolle. Seiner Ansicht nach sei der Soziale Dienst Fieberthermometer der Gesellschaft, aber an sich müsse die gesamte Gesellschaft darauf schauen.

**Herr Ouedraogo** stellt heraus, bei den Maßnahmen sollten auf keinen Fall die Kosten im Vordergrund stehen. Deshalb sollte man hier sehr sensibel sein.

## Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)

**Herr Ubben** ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass die Stadt Emden versuche, über die frühen Hilfen sehr zeitig zu unterstützen. Dafür seien entsprechende Maßnahmen entwickelt worden, die aber auch angenommen werden müssten.

**Herr Philipps** stellt das Budget für den Fachdienst Jugendförderung vor. Dabei geht er zu Beginn seiner Ausführungen darauf ein, dass neben den frühen Hilfen im Bereich der Arbeit des Fachdienstes viele Angebote und Maßnahmen enthalten seien, die die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen dienen und deren gesellschaftliche und letztlich berufliche Integration fördern würden. (Das entsprechende Angebot an den unterschiedlichsten Stellen ergibt sich aus den Hinweisen in der Präsentation, die als Anlage dem Protokoll beigefügt ist.)

**Frau Meinen** bedankt sich für den Vortrag und bemerkt hinsichtlich der 17 übernommenen Stellen der AAFöG, dass man zwar höhere Personalkosten auf der Ausgabenseite habe, aber die Transferausgaben hätten sich nicht verringert. Somit habe man sich rein betriebswirtschaftlich eigentlich keinen Gefallen getan. Anschließend bittet sie um Auskunft, ob es richtig sei, dass die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowohl bei der Jugendförderung als auch bei der AWO angestellt seien.

**Herr Philipps** stellt heraus, es seien nicht 17 Mitarbeiter von der AAFöG übernommen worden, sondern lediglich 10,5. Das seien die Mitarbeiter im Jugendbüro, im Kulturbunker und im Stadtteilbüro Transvaal. Er habe vorhin versucht darzustellen, dass dieses zu einer Reduzierung im Sachkostenbereich führe. Durch den Übergang zur Stadt Emden verändere sich die Höhe der Kosten etwas, sodass das, was im Sachkostenbereich eingespart worden sei, auf der anderen Seite mit neuen Veränderungen wieder aufgebraucht werde. Dieses gleiche sich ungefähr aus.

Bezüglich der Schulsozialarbeit führt er aus, hier kooperiere die Stadt Emden mit der AWO. Eine Zeitlang habe die AWO direkt die Fördergelder seitens des Landes erhalten. Dieses sei jedoch verändert worden und der kommunale Träger sei nur noch antragsberechtigt. Man habe eine Kooperation mit der AWO, sodass die Stadt Emden der Träger sei, vom Land die Zuschüsse bekäme und diese inklusiv einem Eigenanteil dann weiter an den kooperierenden Träger, in diesem Fall die AWO, weitergebe. Daneben würde es aber auch noch zwei Stellen der Schulsozialarbeit geben, die bei der Stadt Emden beschäftigt seien.

**Frau E. Meyer** erklärt, es sei darüber berichtet worden, was alles für die Kinder und Jugendlichen angeboten werde. Dennoch würde es so viele Kinder und Jugendliche geben, die aufgenommen und gefördert werden müssten. Ihrer Ansicht nach passe das nicht zusammen.

**Herr Bongartz** regt an, eine Prüfung vorzunehmen, welchen Zweck diese ganzen durchgeführten Maßnahmen eigentlich haben würden und welches Ergebnis dadurch erzielt worden sei. Er bittet um Auskunft, in welchem Bereich der Differenzbetrag von ca. 130.000 € bei der Ziffer 5 „Zuwendung und allgemeine Umlagen“ wieder erscheinen würde.

**Herr Philipps** entgegnet, der Betrag sei im Bereich der Transferaufwendungen bei den 542.800 € enthalten.

**Herr Götz** betont, seit 2010 werde ca. 10 Mio. € mehr Geld ausgegeben. Dennoch würden die Auffälligkeiten der Kinder und die Fallzahlen zunehmen. Letztendlich habe sich die Zahl der jungen Menschen, die nicht in die Gesellschaft integriert seien, erhöht. Seiner Ansicht nach habe man die Kernziele damit nicht erreicht. Schon lange habe er bemängelt, dass wieder mehr ESF-Maßnahmen beantragt werden müssten. Es würden viele Maßnahmen einfach ausgelassen, die man nutzen könnte. Oftmals werde es versäumt, diese Gelder einzufordern. Seiner Meinung nach hätte man mit weniger Geld viele Maßnahmen über diese Schiene finanzieren können.

## Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)

**Herr Mecklenburg** stellt heraus, es handele sich hier um kein Emdener Phänomen. Die dramatisch sich verändernden Entwicklungen in den Familien würden auch bundesweit stark diskutiert. Darum rede man heute auch über Ganztagschulen. Das Land Niedersachsen würde wahrscheinlich auch lieber weniger Geld für diese Schulen ausgeben, aber sie seien notwendig. Seiner Ansicht nach dürfe man sich nicht nur fragen, warum das Geld ausgegeben werde, sondern, wie viel schlimmer würde die Situation sein, wenn dieses Geld dafür nicht ausgegeben werde. Es werde auf festgestellte Defizite reagiert, indem neue Maßnahmen dafür geschaffen würden. Aus eigener beruflicher Erfahrung wisse er, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Emden sehr viel Mühe geben würden. Natürlich koste dieses auch Geld. Doch wenn man das nicht machen würde, wäre alles am Ende wahrscheinlich noch viel teurer. Aus diesem Grunde dürfte man das nicht so isoliert betrachten und müsse sich stärker inhaltlich mit der ganzen Situation auseinandersetzen. Nur so könne man verstehen, dass das Geld dafür zur Verfügung gestellt werden müsse.

**Frau Baumfalk** schließt sich den Worten von Herrn Mecklenburg an. Es werde sehr viel gemacht, aber es handele sich eher um eine Symptombekämpfung. Der Ursache werde jedoch nicht richtig auf den Grund gegangen. Ihrer Ansicht nach seien die ganzen Maßnahmen für die Kinder und Jugendlichen unheimlich wichtig. Sie gibt zu bedenken, dass die Kinder das Leben der Eltern auch widerspiegeln würden. Wenn die Eltern keine Arbeit und dadurch wirtschaftliche Probleme hätten, spiegele sich das bei den Kindern wieder. Da könnte man vor Ort vielleicht etwas machen. Aber es seien die Symptome, die behandelt werden müssten. Aber man müsste auch die Ursachen, warum die Kinder so reagieren, eigentlich anfassen.

**Frau Weber-Trappiel** ist der Ansicht, dass viele Eltern einfach auch überfordert seien. Es sei ganz wichtig, möglichst früh anzusetzen und auch die Hebammen viel mehr in das System mit einzubeziehen.

**Herr Jahnke** führt aus, es müssen genau hingeschaut werden, welche Projekte wirklich zielführend seien und wo vielleicht neue aufgelegt werden müssten. Ein ESF-Projekt nütze allein nichts, es müsse auch wirklich Sinn machen. Er stimmt den Anmerkungen von Herrn Mecklenburg zu, denn auch andere Kommunen hätten die gleichen Problematiken. Doch man sei hier in Emden und müsse sehen, dass man haushaltstechnisch mit dem Zuschussbedarf an den Fachbereich Jugend, Schule und Sport ganz einfach an den Grenzen angekommen sei. Wenn man immer vom strukturellen Defizit im Haushalt spreche, dann müsse man ganz einfach konsultieren, dass die Ursache dieses strukturellen Defizits in der Zunahme im Fachbereich 600 liegen würde. Daher käme es, dass die Stadt Emden an ihre haushaltstechnischen Grenzen geraten und es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis die Kommunalaufsicht sich melden werde.

Weiter führt er aus, es sei eine zunehmend schwierigere Frage, wie man mit den vorhandenen Ressourcen eine entsprechende Qualität auch generieren könne, die tatsächlich zielführend sei. Er wolle damit nicht sagen, dass viele der Maßnahmen, die heute durchgeführt würden, nicht zielführend seien. Denn es bleibe immer auch die Schwierigkeit, wie man das Ganze messen werde. Man müsse sich die Frage stellen, ob es wirklich so sei, dass vieles noch schlimmer wäre, wenn man das alles nicht unternommen hätte. Oder ob es so sei, dass, wenn man zwei oder drei Mio. € weniger in diese Bereiche investiert hätte, es auch nicht schlechter als jetzt sein würde. Seiner Meinung nach müsse man in eine sehr intensive Diskussion einsteigen und sich messen lassen, weil es ohne Wenn und Aber, was den Zuschussbedarf angehe, einfach nicht mehr gehen würde. Hinsichtlich des Elternhauses führt Herr Jahnke aus, die Stadt Emden setze schon früh mit den Familienhebammenhilfen usw. an. Auch die Krippenstrukturen in Emden würden erheblich ausgebaut. Richtig sei es, dass viele Jugendliche nachher übrigbleiben und keine Arbeitsstelle finden würden. Man leiste sich immer noch zu viele Menschen, die am Rand dieser Gesellschaft hängenbleiben und letztlich in eine Sozialhilfekarriere hineinlaufen würden. Am Ende der Strecke würde aber die Schwierigkeit bleiben, wie man tatsächlich Maßnahmen unter dem fiskalischen Dogma und unter den Gesichtspunkten des Haushalts ergreifen könne.

## Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)

**Herr Seeck** weist darauf hin, dass ihm als beratendes Mitglied im Schulausschuss überhaupt keine Unterlagen vorliegen würden, um entsprechend fachlich mitdiskutieren zu können.

**Herr Renken** stellt heraus, auch die Mitglieder des Rates hätten keine weiteren Papiere bekommen. Heute werde seitens der Verwaltung das Budget der einzelnen Fachdienste des Fachbereichs Jugend, Schule und Sport vorgestellt. Die PowerPoint-Präsentation werde dem Protokoll beigelegt. Wenn man dann in die zweite Phase der Haushaltsberatung eintrete, sei natürlich auch der Rat der beratenden und stimmberechtigten Mitglieder in den Fachausschuss auch gefragt. Seiner Ansicht nach sollte die Verwaltung sich jedoch überlegen, wie man im nächsten Jahr die Vorinformation insbesondere für die beratenden Mitglieder etwas besser gestalten könnte.

**Herr Ubben** erläutert dann das Budget des Fachdienstes Kinder und Familien. Anschließend bezieht er sich auf die Frage hinsichtlich der Tarifanerkennungen und erklärt, für die freien Träger gelte die Tarifautonomie. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Emden gelte der TVöD.

Auf die Frage von **Herrn Seeck**, ob bei den Transferleistungen die Tarife der jeweiligen Träger berücksichtigt würden oder ob man sich bei den Transferleistungen an dem TVöD orientiere, antwortet **Herr Ubben**, hier würden die Tarife der Träger berücksichtigt. Herr Ubben erläutert abschließend anhand der PowerPoint-Präsentation die Risiken und den Ausblick.

**Herr Seeck** bittet hinsichtlich der dritten Fachkraft in den Krippen um Auskunft, wie die Planung in dem Bereich sei und ob schon entsprechende Anträge gestellt worden seien.

**Herr Ubben** verweist in diesem Zusammenhang auf den am 09.10.2014 stattfindenden Jugendhilfeausschuss und erklärt, der Antrag müsse von den freien Trägern gestellt werden. Diese seien bereits entsprechend informiert worden.

**Frau Lechner** fragt an, ob das von der Stadt Emden in Auftrag gegebene IT-Gutachten demnächst im Schulausschuss vorgestellt werde.

**Herr Buß** antwortet, ein erster Entwurf zu diesem Medienentwicklungskonzept würde vorliegen und zurzeit intern diskutiert. Auch werde noch mit anderen Städten gesprochen, ob Vergleichsmöglichkeiten vorliegen würden. Wenn alles so weit intern durchgespielt sei, werde dieses Konzept im Schulausschuss vorgestellt.

**Herr Fielers** bemerkt hinsichtlich der Betriebskosten, dass die Energiekosten enorm hoch seien und trotz eines geringeren Verbrauchs immer weiter ansteigen würden. Er fragt an, inwiefern in den Schulen und in den anderen öffentlichen Gebäuden auf Energieeinsparung geachtet werde.

**Herr Ubben** erklärt, hier sei das Gebäudemanagement sehr aktiv und das Thema Energieverbrauch und Brandschutz stehe an oberster Stelle. Sicherlich sei es auch sinnvoll, die Kinder zu sensibilisieren, mit den Energieressourcen sparsam umzugehen. In diesem Zusammenhang würde er aber auch auf das Ökowerk verweisen.

**Herr Buß** stellt heraus, gerade im Schulbereich werde seitens des Gebäudemanagements sehr darauf geachtet, dass bei Sanierungen und Neu- und Erweiterungsbauten immer im Niedrigenergiesektor geplant und entsprechend umgesetzt werde. Das Problem sei natürlich auf der anderen Seite, dass zwar Verbrauchsmengen eingespart, die Preise für die Energie jedoch ansteigen würden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.



## Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 19), des Sportausschusses (Nr. 8) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 23)

### TOP 5 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

### TOP 6 Anfragen

**Frau Lechner** erklärt, sie wolle diese gemeinsame Sitzung nutzen, um auf ein Problem aufmerksam zu machen. In den teilgebundenen Ganztagschulen in Emden werde der Nachmittagsunterricht hauptsächlich mit außerschulischen Akteuren bestückt, da die Lehrkräfte gar nicht über so viele Stunden verfügten, um sie nachmittags noch einsetzen zu können. Diesen Bereich würden außerschulische Akteure wie z. B. Vereine abdecken. Die Kräfte seien als Honorarkräfte angestellt und von den Sozialleistungen befreit gewesen. Nunmehr habe die Rentenversicherung festgestellt, dass dieses keine Honorarkräfte seien, da diese Kräfte nicht selbstständig, sondern nach Dienstplänen und Unterweisung der Schulleitung handeln würden. Somit dürften die Schulen zukünftig keine Honorarverträge mehr abschließen. Sie habe heute mit der LAK Rücksprache gehalten, die zukünftig keine Verträge mehr mit den Schulen abschließen würden, da sie sich dadurch einer illegalen Arbeitnehmerüberlassung schuldig machen würden. Die nachträgliche Forderung der Rentenversicherung für die Honorarkräfte, die nunmehr an die Schulen gehen würde, würde für eine Schule mit 400 Schülerinnen und Schülern bei 8.000 bis 10.000 € liegen. Zukünftig müssten auch die Vereine dieses übernehmen, sodass die Schulen große Schwierigkeiten hätten, überhaupt noch Leute für den Nachmittagsdienst zu bekommen. Somit stelle sich die Frage, mit wem die Schule in Zukunft den Nachmittagsbereich abdecken sollten. Frau Lechner fragt an, ob der Stadt Emden diese Problematik bekannt sei und die Schulen agieren sollten. Ihrer Ansicht nach müsse man einen Großteil des Nachmittagsangebots im Moment einfrieren, weil keine Verträge abgeschlossen werden könnten. Sie habe Herrn Sprengelmeyer gegenüber angeregt, einen Pool bei der Stadt Emden zu schaffen, sodass die Schulen auf diese Angebote zurückgreifen könnten.

**Herr Buß** führt aus, das Problem sei bekannt. Er habe bereits mit der Landesschulbehörde darüber gesprochen. Da die Kooperationsverträge nicht mehr möglich seien, müssten die Schulen quasi eigenes befristetes Personal als Landespersonal einstellen. Somit würde es die Möglichkeit geben, entsprechendes Personal einzustellen. Doch habe man das Problem der Befristung. Für dieses Problem habe er zurzeit keine Lösung. Auch sei es so, dass die Schulen im Moment vom Land relativ allein gelassen würden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.